

Einwohnerrat Pratteln

Protokoll Nr. 367

Einwohnerratssitzung vom Montag, 29. Oktober 2007, 19.00 Uhr, in der alten Dorfturnhalle

Anwesend	36 Einwohnerrats-Mitglieder 7 Gemeinderats-Mitglieder
Abwesend entschuldigt	Doppler Philippe, Brigitte Frei, Patrick Freund, Kalender Toklu, Mandana Roozpeikar (ab 21.00 Uhr)
Vorsitz	Stephan Ackermann
Protokoll	Bruno Helfenberger
Weibeldienst	Martin Suter

Bereinigtes Geschäftsverzeichnis

1. Ersatzwahl in die Sozialhilfebehörde: Rolf Ackermann, Unabhängige/Grüne, per 1. November 2007 für den Rest der Amtsperiode (<i>ohne Akten</i>)	2500
2. Tätigkeitsbericht der GPK 2006 / 2007	2498
3. Finanzplan 2008 – 2012	2483
4. Zonenplan Siedlung, Planung Pratteln Mitte, 2. Lesung	2492
5. Postulat Nr. 2474 von Thomas Vogelsperger betr. „Rollstuhlgängigkeit des Verbindungsweges Oberemattstrasse – Gemeindeverwaltung (Schlossstrasse)“ / Bericht des Gemeinderates	2474
6. Reglement für die Jugendarbeit, 1. Lesung	2501
7. Fragestunde (nach der Pause)	

Neue persönliche Vorstösse:

- Interpellation von Christoph Zwahlen betr. „Fussgängerstreifen“
 - Postulat von Emil Job betr. „Solarstadt Pratteln“
 - Postulat von Karin Hess betr. „Veloparkplatz am Bahnhof“
 - Postulat von Kurt Lanz betr. „Sichere Verbindung Schmittiplatz–Dorfturnhalle“
 - Interpellation von Kurt Lanz betr. „Pratteln will sauber sein – gegen Littering, Spucken etc.“
-

Mitteilungen:

- Dominic Strub ist per Ende September aus dem Einwohnerrat zurückgetreten. An seiner Stelle ist Christoph Zwahlen, Unabhängige/Grüne, nachgerückt.

- Das Büro hat Thomas Sollberger, FDP, als Präsident der Bau- und Planungskommission gewählt.

Beschlüsse

Geschäft Nr. 2500 Ersatzwahl in die Sozialhilfebehörde

In stiller Wahl wird für den Rest der Amtsperiode gewählt:

://: **Rolf Ackermann**, Unabhängige/Grüne

Geschäft Nr. 2498 Tätigkeitsbericht der GPK 2006/2007

Aktenhinweis:

- Tätigkeitsbericht der GPK vom 7. August 2007

GPK-Präsident Gert Ruder erläutert kurz den Bericht anhand der Vorlage 2498. Ich möchte mich bei allen Gemeindeangestellten bedanken, die bei den Untersuchungen der GPK und der Subkommissionen Rede und Antwort gestanden sind. Wir sind immer freundlich empfangen worden, haben offene Ohren angetroffen und gute Auskünfte erhalten.

Karin Hess: Wir bedanken uns für den Bericht und haben noch zwei Fragen betreffend Chäferhuus und Mittagstisch. Wie viele Kinder kommen von extern an den Mittagstisch in das Chäferhuus? Gibt es nicht Konflikte mit dem Mittagstisch im Jugendhaus?

Gert Ruder: Im Bericht steht, dass noch 3 Subkommissionen tätig sind. Diese Untersuchung ist noch nicht abgeschlossen. Wir werden nach Abschluss der Untersuchung dem Gemeinderat und mit dem Tätigkeitsbericht auch dem Einwohnerrat berichten. Ich kann dem Bericht der Subkommission an dieser Stelle nicht vorgeifen.

Petra Ramseier: Wir bedanken uns für den Bericht und haben eine Frage: Die GPK hat offenbar keine Einsicht in die Akten Robinsonspielplatz. Wir gehen davon aus, dass dies trotzdem möglich sein sollte.

Gert Ruder: Im Zusammenhang mit dem Robi Lohag sind Beschwerden am laufen gewesen. Während einem hängigen Verfahren hat die GPK keine Einsicht in diese Akten. Erst wenn alle Verfahren, die möglichen Stufen der Eskalation abgeschlossen und die Beschwerdefristen abgelaufen sind, dann kann der Gemeinderat gegenüber der GPK die Akten öffnen. Wir haben nun Bericht erhalten, dass wir die Akten einsehen können.

Peter Friedli: Wir bedanken der GPK für die Ausführungen und empfehlen den Bericht zur Genehmigung.

Kurt Lanz: Wir nehmen den Bericht zur Kenntnis und es scheint uns wichtig, dass eine Pendenzenbereinigung stattgefunden hat und auf der Verwaltung die Geschäftskontrolle eingeführt worden ist. Wir warten eigentlich nur noch auf eine Lösung betreffend Aktenablage auf der Verwaltung.

://: Der Einwohnerrat nimmt einstimmig Kenntnis vom Tätigkeitsbericht der GPK zum Amtsjahr 2006/2007.

Geschäft Nr. 2483

Finanzplan 2008 – 2012

Aktenhinweis:

- Antrag des Gemeinderates vom 15. Mai 2007
- Nachtrag vom 10. Juli 2007
- Bericht der RPK vom 21. September 2007

RPK-Präsident Christian Schäublin: Die Finanzpläne zeigen realistische Zahlen und sind vorsichtig erarbeitet worden. Die RPK dankt allen Beteiligten für die rechtzeitige Zustellung des Finanzplans. Die verspätete Behandlung im Rat ist vor allem darauf zurückzuführen, dass die Verwendung des Mehrertrages, resultierend aus der Rechnung 2006, kontroverse Diskussionen ausgelöst haben und wir die ER-Beschlüsse dazu abgewartet haben. Der Finanzplan zeigt ein positiveres Bild als im letzten Jahr. Das ist vor allem auf den Finanzausgleich zurückzuführen, soll uns aber nicht zu überschwänglichen Ausgaben verleiten, denn schon im 2010 ist erneut ein Aufwandüberschuss zu erwarten. Die RPK hält weiterhin einen sparsamen und bedachten Umgang mit den Prattler Finanzen für angebracht. Alle gemeinderätlichen Kommissionen und die Verwaltung sind aufgerufen, daran mitzuarbeiten. Die RPK beantragt die vorliegenden Finanzpläne zu genehmigen.

GR Max Hippenmeyer: Finanzpläne sollen die mittelfristige Entwicklung unserer Finanzen aufzeigen. Dabei gilt es zu beachten, dass wir in einer Zeit des steten Wandels leben und Prognose und effektive Resultate leider nicht immer deckungsgleich sind. Trotzdem bemühen wir uns immer, so nahe wie möglich an der Wirklichkeit zu planen und ich bin natürlich froh, dass uns die RPK bescheinigt, Zahlen und Annahmen realistisch abzubilden. Das habe ich zwar immer schon so gemacht und das ist nicht neu. Der vorliegende Finanzplan wurde im Mai erstellt und ist nicht mehr ganz taufersch. Am Fazit hat sich in der Zwischenzeit jedoch nichts geändert: die finanzielle Lage unserer Gemeinde verbessert sich langsam aber stetig. Dafür sind verschiedene Faktoren verantwortlich, solche die wir beeinflussen können und andere die wir als Tatsache akzeptieren müssen. Über die letzten Jahre hinweg betrachtet, darf ich aber feststellen, dass unser Handlungsspielraum nicht nur vom Gemeinderat, sondern auch vom Parlament und von der Verwaltung verantwortungsvoll wahrgenommen worden ist und das verdient meinen Dank an alle. Ich wäre ein schlechter Finanzchef, wenn ich jetzt nicht mindestens den kleinen Warnfinger aufheben würde. Wir sind zwar auf gutem Weg, aber es besteht überhaupt kein Anlass, die Zügel jetzt schleifen zu lassen. Dafür ist unsere Abhängigkeit vom Finanzausgleich, trotz den vielen Sonderlasten die wir zu tragen haben, nach wie vor zu gross. Wenigstens nach meinem Verständnis. Ohne uns vorher abgesprochen zu haben, teilt der Gemeinderat die Ansicht der RPK, dass ein sparsamer und umsichtiger Umgang mit unseren Ressourcen weiterhin Pflicht ist. In diesem Sinn bitte ich Sie, die Finanzpläne 2008 – 2012 der Einwohnergemeinde und der Spezialfinanzierungen Wasser, Abwasser und GGA zu genehmigen. Aufgrund der verschiedenen Änderungen haben wir es als sinnlos erachtet, nur auf Grund von Hypothesen einen Finanzplan betreffend Abfall zu erstellen. Nächstes Jahr kommt dieser wieder in gewohnter Manier.

://: Eintreten ist unbestritten.

Emil Job: Wir verdanken den Finanzplan. Wir sind überrascht von der Aussage auf Seite 3. Betreffend der Baulandreserven ist für uns klar, dass dies nicht der Blözen sein kann. Seite 4: Die Titel vom ersten und zweiten Abschnitt sind wohl vertauscht worden. Weiter ist es enttäuschend, dass trotz der guten Wirtschaftslage die Sozialhilfeleistungen kaum gesenkt werden konnten. Zum Kunstrasen in den Sandgruben: Ist es wirklich nötig und die Frage darf in den Raum gestellt werden, ob das wirtschaftlich ist und sich der FC das Training noch leisten kann. Zu den Spezialfinanzierungen: Bei der Antennenanlage ist zu überlegen, ob anstatt ein Rabatt zu gewähren, der Überschuss in neue Technik investiert werden soll. Zur Wasserversorgung: Wir fragen den Gemeinderat an, wo das notwendige Geld herangezogen wird, falls eine Sanierung, zum Beispiel bei der Grube in der Wanne, wo wir Grundwasserfassungen haben, anfällt.

Heinz Schiltknecht: Die Fragen von Emil Job sind Themen, die im Budget relevant sind. Sicher nicht im Finanzplan. Bei der GGA bin ich auch dafür, dass wir in die Technik investieren. Zum Finanzplan: Für uns ist es enorm wichtig, dass wir jedes Jahr rechtzeitig einen Finanzplan erhalten. Meine persönliche Meinung ist, dass das erste Jahr des Finanzplans ziemlich nahe beim Budget sein muss. Dann haben wir ein halbes Jahr mehr Informationen, ergo kann man genauer sagen, was passiert und sehen, in welche Richtung es geht. Wenn es keine Veränderungen gibt, dann ist ja gut und wenn es Veränderungen gibt, dann muss man das hinterfragen. Die ersten drei Jahre sind relevant.

Stefan Löw: Auch die FDP-Fraktion dankt den involvierten Personen. Die Wichtigkeit ist sicher sehr hoch, aber es ist schwierig, Prognosen zu machen und betreffend Verbindlichkeit muss man auch eine gewisse Vorsicht walten lassen. Mann muss auch mit starken Verschiebungen rechnen und die Investitionsrechnung ist sehr sorgfältig anzuschauen. Eigentlich sollten wir mehr Investitionen machen, aber es wird viel hinausgeschoben auf spätere Zeiten. Das ist eine eigentliche Zeitbombe und kann Finanzschwankungen ergeben, wenn der Rat zusätzliche Kredite bewilligt oder bewilligen muss. Wir folgen dem Antrag der RPK und ich bitte alle Fraktionen, die eigenen Begehrlichkeiten, auch aufgrund der finanziellen Lage, etwas zurückzustecken. Wir stimmen dem Finanzplan zu.

Fredi Wiesner: Die SVP-Fraktion empfiehlt die Genehmigung und dankt allen, die mitgeholfen haben, diesen Finanzplan zu erstellen. Der Finanzplan dürfte etwas früher in den Einwohnerrat kommen.

Olga Aeberhard: Zum Gemeindebeitrag Spitex: Im Jahr 2008 steht die Zahl 500 und danach nichts mehr. Wir haben doch CHF 980'000.00 beschlossen.

GR Max Hippenmeyer: Zur letzten Frage: Im Mai wurde der Finanzplan erstellt und wir kannten die Auswirkungen des NFA noch nicht. Die Fragen von Emil Job sollen an der Budgetberatung im Dezember behandelt werden. Zur Wasserversorgung: Allfällige Sanierungen fallen zu Lasten der Verursacher und nicht der Gemeinde. Übrigens ist das Reglement in Überarbeitung.

Der Rat beschliesst einstimmig:

://: Der Finanzplan der Einwohnergemeinde und der Finanzplan Spezialfinanzierungen (Antennenanlage, Wasserversorgung, Abwasser) 2008 – 2012 wird genehmigt.

Geschäft Nr. 2492**Zonenplan Siedlung, Planung Prat-
teln Mitte, 2. Lesung**Aktenhinweis:

- Antrag des Gemeinderates vom 5. Juni 2007
- Bericht der BPK vom 8. August 2007
- Neuer Beschlussfassungsentwurf der BPK vom 22. August 2007
- Votesprotokoll Nr. 366 vom 27. August 2007
- Beiblatt Änderungen nach der 1. Lesung

GP Beat Stingelin: Ich bin froh, dass sich die Anträge bei der 1. Lesung im Rahmen gehalten haben und das zeigt, dass die eingesetzte Kommission gute Arbeit geleistet hat. Zum Antrag der Grünen/Unabhängigen betreffend Artikel 31: Ich bin nach wie vor der Meinung, dass die Ergänzung betreffend Antennenanlage in der Wohnzone herausgenommen werden soll. Das ist nicht der richtige Ansatz. Zum Artikel 7: Das Informationsblatt betreffend Gestaltung der Grünflächen ist in Bearbeitung. Sie haben noch ein zweites Beiblatt erhalten betreffend Zone J u und der Korrektur „Restaurant zum Park“. In den Strassennetzplan wurde „Erschliessungsweges im Bereich der Wasenstrasse“ eingefügt. Damit haben wir dem Antrag von Gert Ruder Rechnung getragen. Auch der Nordausgang beim Bahnhof muss mit der Inbetriebnahme von Raurica Nova saniert werden. Dann haben wir die geforderte „Durchlässigkeit“ und niemand muss sein Velo schultern und auch für die Leute im Grünen ist das gut so. Ich bedanke mich beim Planer und dem Team, die hier mitgearbeitet haben. Ich bitte Sie, dem Geschäft zuzustimmen.

2. LesungArtikel 31

Urs Hess: Ich habe bereits in der 1. Lesung gesagt, dass die Aufnahme „in der Wohnzone“ eine schlechte Sache ist. Wenn wir in der Wohnzone Antennenanlagen verbieten so heisst das, dass Antennenanlagen ausserhalb errichtet werden. Damit aber die Wohnzonen abgedeckt werden können, muss die Strahlung massiv erhöht werden. Das ist auch nicht gut für alle, die am Rand dieser Wohngebiete wohnen. Alle von uns wollen immer mit dem Handy erreichbar sein. Ich wähle aber lieber den Weg, Antennenanlagen mit einer kleineren Leistung auch innerhalb von Wohnzonen aufzustellen. Das ist auch betreffend Gesundheitsgefährdung besser. Zweitens handelt es sich hier um Bundesrecht und kann im Einwohnerrat gar nicht beschlossen werden. Ich stelle den Antrag, die Aufzählung „in der Wohnzone“ wieder zu streichen.

Kurt Lanz: Ich kann mich dem Vorredner anschliessen. Wir müssten auch alle „Schüsseln“ verbieten und das greift in das Recht der Informationsfreiheit ein. Der Gemeinderat muss versuchen, dass bei abstrahlenden Antennenanlagen eine möglichst kleine Sendeleistung gewählt werden kann. Ich bin überzeugt, dass er das jetzt schon macht.

Petra Ramseier: Es ist ein Thema, dass die gesamte Bevölkerung sehr stark bewegt. Niemand will die Antennen, aber alle wollen telefonieren. Die Frage ist nur, muss auch im dritten UG-Keller telefoniert werden können. Reichen nicht auch schwache Antennen ausserhalb der Wohnzone, so dass in der Wohnstube und auf der Strasse telefoniert werden kann. Es gäbe sicher auch Lösungen, ohne starke Strahlungen. Rechtlich hat die Gemeinde gewisse Möglichkeiten und ich bitte Sie, unseren Antrag zu genehmigen.

://: Der Streichungsantrag von Urs Hess wird mit 29 : 6 Stimmen und 1 Enthaltung angenommen.

Artikel 7 (Ergänzende Bestimmungen)

Rös Graf: Ich beantrage das Wort „*der Rheinebene*“ zu streichen. Das wurde auch in der BPK intensiv diskutiert. Wir haben hier die Planung von Pratteln Mitte und die Rheinebene gehört eigentlich in die Planung Pratteln Nord.

Urs Hess: Ich wollte den ganzen Artikel streichen, aber wir können mit diesem Kompromiss leben.

Petra Ramseier: Ich würde den Begriff stehen lassen.

://: Der Streichungsantrag von Rös Graf wird mit grossem Mehr gegen 5 Stimmen angenommen.

Redaktionelle Änderungen (gemäss Beiblatt)

://: Die redaktionellen Änderungen werden stillschweigend genehmigt.

Schlussabstimmung

Der Rat beschliesst einstimmig:

://: 1. Der Teilzonenplan Pratteln Mitte wird genehmigt.

Der Rat beschliesst mit 35 Stimmen und 1 Enthaltung:

2. Der Teilstrassennetzplan Pratteln Mitte wird genehmigt.

Der Rat beschliesst einstimmig:

3. Der Auszug Zonenreglement Siedlung (Art. 4 Zentrumszone, Art 7 Gewerbe- und Industriezonen inkl. Bestandesgarantie, Art 16 Ausnahmen in Quartierplänen) wird genehmigt.

4. Der Zonenplan Siedlung wird genehmigt.

5. Der Plan der Lärmempfindlichkeitsstufen Siedlung wird genehmigt.

6. Das Zonenreglement Siedlung wird genehmigt.

Geschäft Nr. 2474

Postulat Nr. 2474 von Thomas Vogelsperger betr. „Rollstuhlgängigkeit des Verbindungsweges Obere mattstrasse – Gemeindeverwaltung (Schlossstrasse)“ / Bericht des Gemeinderates

Aktenhinweis:

- Postulat Nr. 2474
- Bericht des Gemeinderates vom 28. August 2007

GR Rolf Wehrli: Der Bericht liegt vor und ich hoffe, dass die Arbeit zur Zufriedenheit der Bevölkerung ausgeführt worden ist. Der Dank geht auch an die Leute des Werkhofs, dass der Verbindungsweg so schnell saniert worden ist.

Thomas Vogelsperger: Auch ich bedanke mich beim Gemeinderat und den Mitarbeitern der Abteilung Bau. Mit wenig Aufwand ist viel für die Leute gemacht worden.

Der Rat beschliesst einstimmig:

://: Das Postulat Nr. 2474 wird als erfüllt abgeschrieben.

Fragestunde**Frage von B. Schmidt betr. „Einsprache der Gemeinde gegen das Euro 08 Fancamp an der Ergolz“**

GR Rudolf Handschin: Der Gemeinderat steht grundsätzlich hinter dem Fancamp. Der Gemeinderat will aber mit der Einsprache das Projekt nicht behindern oder verhindern, sondern er will wissen, was ihn betreffend Sicherheit und Umwelt erwartet. Zu den Fragen: Sind Sicherheitsaspekte ein Grund für die Einsprache? Welche? Die Einsprachen betreffen vor allem Verkehr und Sicherheit. Zu und Wegfahrt zum Camp sollen über die Brücke (Überführung der Kantonsstrasse) erfolgen. Diese Brücke wurde für eine herabgesetzte Belastung gebaut. Es ist der Nachweis zu erbringen, dass die Brücke ohne Bedenken der zu erwartenden erheblichen Verkehrsbelastung standhält, falls nötig mit einer Signalisation mit Gewichtsbeschränkung. Vor Beginn der Campaufbauarbeiten ist ein Zustandsprotokoll der Brücke und des Weges zu erstellen. Alle Instandstellungsarbeiten gehen zu Lasten des Gesuchstellers. Der Zufahrtsweg zum Camp ist ein Wanderweg und zugleich ein Teil der nationalen Radrouten. Aus dem Baugesuch geht nicht, oder noch nicht hervor, wie der Wander- und Radverkehr während dem Betrieb des Eurocamps aufrechterhalten wird. Von der Feuerwehr werden klare Vorschriften erlassen. Zum Beispiel die Wasserbezugsorte und Anfahrtswege. Für eine allfällige Evakuierung sind klar strukturierte Verfahrensabläufe zu definieren und anhand von Szenarien sind zutreffende Massnahmen festzulegen. Das vorliegende Sicherheitskonzept muss mit den zuständigen kantonalen Instanzen und der Abteilung Dienste/Sicherheit noch besprochen werden. Für Essens- und Getränkeverkaufsstellen sind entsprechende Gelegenheitswirtschaftspatente bei der Gemeinde zu beantragen. Für geplante Musikanlässe ist eine separate Bewilligung beim Gemeinderat einzuholen und die von Gemeinderat erlassenen Auflagen für Open-Air-Veranstaltungen sind einzuhalten. Frage 2: Ist der Schutz des Ufers der Ergolz inklusive Flora und Fauna ein Grund für die Einsprache? Sind es andere Umweltschutzaspekte? Wichtig ist, dass keine Wasserentnahme aus der Ergolz erfolgt, obwohl diese geplant war, aber nicht bewilligt worden ist. Ein Kanalisationsgesuch ist eingereicht und inzwischen bewilligt worden. Ganz wichtig ist, dass kein Abwasser in die Ergolz fliesst. Nach Vorlage der Detailpläne muss noch beurteilt werden, ob und wie viel von der an die Ergolz anstossende Strecke abgesperrt werden muss. Zum Allgemeinen: Am Dienstag, 20. November 2007, 19.30 Uhr, ist in der Aula/Turnhalle im Schulhaus Längi eine Infoveranstaltung geplant. Die Veranstalter, die direkt involvierten Stellen des Kantons, die Gemeinde und der Gemeinderat werden detailliert über das Euro 08 Fancamp orientieren. Die Veranstaltung findet in der

Längi statt, da die Bewohner dort direkt und am meisten betroffen sind. Selbstverständlich sind alle Interessierten eingeladen. Am ganzen Projekt wird zur Zeit intensiv gearbeitet. Ich bitte alle Interessierten an die Infoveranstaltung zu kommen, da sich bis zu diesem Zeitpunkt noch viel konkretisieren oder klären wird.

Benedikt Schmidt: Ich bedanke mich für die Beantwortung. War das eingereichte Projekt noch zu wenig ausgereift und ist es legitim, wenn man ein Projekt eigentlich gut findet, dass man Einsprache macht, damit ein unausgereiftes Projekt verbessert werden kann?

GR Rudolf Handschin: Das Wort unausgereift kann Benedikt Schmidt in den Raum stellen. Ich denke, dass diesen Leuten einfach noch die Praxis fehlt. Unausgereift mit Vorbehalt. Warum Einsprache? Das habe ich bereits gesagt.

Frage von B. Schmidt betr. „Defekte Rutschbahn im Jörinpark und beim Piratenschiff“

GR Rolf Wehrli: Ja, der Gemeinderat hat Kenntnis davon. Frage 2: Das Spielschiff wird regelmässig von Zivilschutzangehörigen kontrolliert und im Rahmen von WK's instand gestellt. Gefährliche Defekte, die umgehend behoben werden müssen, werden entsprechend repariert. Der aufgeführte Defekt in der Kunststoffröhre ist nur äusserlich, die Innenseite ist nicht beschädigt. Somit besteht auch keine Unfallgefahr. Die leicht defekte Aussenseite wird vom technischen Mitarbeiter repariert. Die Rutschbahn im Jörinpark muss repariert werden. Da bei einem Unfall die Gemeinde haftbar ist, habe ich den sofortigen Ersatz der Rutschbahn veranlasst. Die Kosten werden über den Budgetposten Arbeitssicherheit/Sicherheit an Schulen abgewickelt.

Frage von R. Graf betr. „Häckseldienst“

GR Felix Knöpfel: 1. Gibt es beim Häckseldienst irgendwelche Veränderungen? Ja. 2. Wenn ja, welche? Der Gemeinderat hat beschlossen, der vom Einwohnerrat umstrittene Häckseldienst nicht mehr zu subventionieren und zu organisieren. Wir haben dies öffentlich ausgeschrieben und die Offerteröffnung ist erfolgt. Bei der Grüngutabfuhr haben sich drei, beim Häckseldienst zwei Unternehmen gemeldet. Der Gemeinderat wird demnächst beschliessen und die Öffentlichkeit orientieren.

Geschäft Nr. 2501

Reglement für die Jugendarbeit, 1. Lesung

Aktenhinweis:

- Antrag des Gemeinderates vom 9. Oktober 2007

GR Uwe Klein: Die Vorgeschichte: Am 15. September 2004 trafen sich Vertreter des Robinsonspielplatzes, des Jugendhauses und der Kommission für Jugendfragen zur ersten Sitzung mit dem Ziel, die Arbeit im Kinder- und Jugendbereich besser zu organisieren und zu koordinieren. Ein weiteres Ziel war, die Reglemente des Robinsonspielplatzes und des Jugendhauses durch ein einheitliches Reglement für die Jugendarbeit zu ersetzen. Heute lege ich ihnen ein Reglement vor, welches schon

mehrmals zwischen der Arbeitsgruppe und dem Gemeinderat hin und her gegangen ist und Optimierungen erfahren hat. Die Änderungswünsche des Gemeinderates haben nicht immer den Vorschlägen der Arbeitsgruppe entsprochen und umgekehrt. Das ist verständlich, haben doch einige BeKo-Mitglieder vom Jugendhaus und vom Robinsonspielplatz während vieler Jahre sehr viel Herzblut in die bestehenden Jugendeinrichtungen investiert. Änderungen sind auch mit Emotionen verbunden. Im Interesse eines Neuanfangs und Optimierung der Jugendarbeit konnte man sich aber immer wieder finden. Grundsätzlich stimmt die Arbeitsgruppe dem vorliegenden Reglement zu und ich bitte euch, dem Entwurf jetzt zuzustimmen. Drei Jahre ist genug diskutiert worden und jetzt müssen Taten folgen. Mein persönliches Ziel ist es, das Reglement noch in dieser Legislatur über die Bühne bringen. Zum Reglement: Mit dem vorliegenden Reglement wird die bestmögliche Vernetzung und Koordination der im Jugendbereich Verantwortlichen erreicht. Die Ressourcen werden effizient genutzt und der Koordinations- und Informationsaufwand zwischen den Mitarbeitern und der Abteilungsleitung wird wesentlich verringert. Die Kommission besteht aus vier vom Gemeinderat gewählten Mitgliedern. Die Mitglieder sollen politisch breit abgestützt sein und auch ein breites Fachwissen in der Jugendarbeit mitbringen. Es handelt sich um eine beratende Kommission, deren zentrale Aufgaben darin besteht, den Gemeinderat in personellen, in betrieblichen und finanziellen Belangen in der Jugendarbeit zu beraten. Sie soll auch die Betriebe der Jugendarbeit beaufsichtigen. Im Gegensatz zu den bestehenden Reglementen Robinsonspielplatz und Jugendhaus äussert sich das neue Reglement betreffend Aufgaben der Mitarbeiter nicht mehr, sondern verweist auf die Personalgesetzgebung. Ich hoffe auf eine vernünftige und sachliche Diskussion.

Christian Schäublin: Mit dem vorliegenden Reglement wird die Jugendarbeit von Pratteln zu einem sinnvollen Ganzen vereint. Es können Synergien genutzt und die finanziellen und personellen Ressourcen optimal eingesetzt werden. Ich habe die Erarbeitung hautnah miterlebt und habe festgestellt, dass eine fundierte Lösung erarbeitet worden ist. Die SVP-Fraktion ist für Eintreten und Genehmigung des Reglements.

Gert Ruder: Die SP-Fraktion ist für Eintreten. Es ist uns wichtig, dass die dreiteilige Jugendarbeit weiter gepflegt wird.

Olga Aeberhard: Wir sind grundsätzlich für das neue Reglement und begrüßen, dass nun eine Zusammenfassung der Jugendarbeit vorliegt. Als Mitglied der BeKo Robinsonspielplatz habe ich die Entstehung der Reglementsänderung erlebt. Mir gefällt noch nicht alles und es kommt mir vor wie ein Tiger, dem man die Zähne gezogen hat.

Benedikt Schmidt: Auch unsere Fraktion ist für Eintreten. Wir sind auf gutem Weg, auch wenn viel Herzblut und Fachwissen der bisherigen Mitglieder verloren gehen wird.

Dieter Stohler: Die FDP-Fraktion ist einstimmig für Eintreten und begrüsst das neue Reglement. Die Jugendarbeit hat in Pratteln einen recht grossen Stellenwert. Das finden wir auch gut so. Wir unterstützen die Zielsetzungen und im Sinne der Koordination und Effizienz die Absicht, noch eine Kommission zu bilden. Ein Punkt gefällt mir nicht: In der Vorlage steht, dass die Kommission eine möglichst breite politische Zusammensetzung und damit eine grössere politische Akzeptanz haben sollte. Das finde ich einen falschen Weg. Die politische Akzeptanz passiert hier mit der entsprechenden Bereitstellung der Mittel und Instrumente. Ich unterstütze deshalb eine fachlich zusammengesetzte Kommission.

://: Eintreten ist unbestritten.

1. Lesung

Titel/Paragraf 1

Dieter Stohler beantragt den Titel wie folgt zu formulieren: „*Reglement über die Jugendarbeit in der Gemeinde Pratteln (Jugendreglement)*“. Nicht nur die Gemeinde, auch andere Vereine und Institutionen leisten Jugendarbeit. Bei diesem Reglement geht es nicht um die Jugendarbeit in Pratteln, sondern der Gemeinde Pratteln.

://: Der Antrag der FDP wird mit 35 Stimmen und 2 Enthaltungen angenommen.

§ 1

Dieter Stohler: Wir beantragen den Passus „~~sowie die Anstellungsbedingungen des Betreuungspersonals~~“ zu streichen und wie folgt neu zu formulieren: „*Dieses Reglement legt die Aufgaben und Organisation der Jugendarbeit der Gemeinde Pratteln fest*“. Im vorliegenden Reglement werden die Anstellungsbedingungen mit keinem Wort geregelt.

://: Der Antrag der FDP wird mit grossem Mehr gegen 1 Stimme und 2 Enthaltungen angenommen.

§ 2

Heinz Schiltknecht: Ich weiss nicht, woher das Wort Wirkungsziele herkommt. Eigentlich reicht der Titel „*Ziele der Jugendarbeit*“ und wir beantragen, das Wort „~~Wirkung~~“ zu streichen.

://: Der Streichungsantrag wird einstimmig angenommen.

§ 3

Heinz Schiltknecht: Hier steht Betriebe und Kommission. Jugendarbeit ist etwas anderes als Kommissionsarbeit. Wir schlagen vor, die Kommission für Jugendarbeit zu streichen.

GR Uwe Klein: Die Kommission hat kein Reglement und deshalb ist sie hier erwähnt. Ich bitte Sie, die Kommission im Reglement zu belassen.

Heinz Schiltknecht: Dann muss das anders formuliert werden. Wir haben hier ein Reglement für die Jugendarbeit und die Kommission ist dafür zuständig.

Dieter Stohler: Ich verstehe es auch nicht. Ich schlage vor, den Titel wie folgt zu formulieren: „Inhalt der Jugendarbeit“.

Urs Hess: Ich beantrage, dass der Gemeinderat bis zur zweiten Lesung eine klare Umschreibung und Fassung erarbeitet.

Kurt Lanz: Hier wird die Kommission als weiteres Organ neben dem Jugendhaus, dem Robinsonspielplatz und der mobilen Jugendarbeit benannt und ich bitte Sie, diese hier zu belassen.

Christoph Zwahlen: Die Kommission ist kein Betrieb wie die anderen Drei. Es ist ein Gremium, das lenkt, beaufsichtigt und organisiert. Ich schlage vor, ein Komma zu

setzen und wie folgt zu formulieren: „welche von der Kommission für Jugendarbeit gelenkt und organisiert wird“.

Gert Ruder: Ich möchte das Votum von Urs Hess aufnehmen und für die zweite Lesung ist zu prüfen, den Paragraf 3 im Paragraf 2, neu Absatz 3, einzufügen. Dort werden die Ziele erwähnt und würde somit gut dazu passen.

Dieter Stohler: Ich beantrage, den Titel wie folgt zu formulieren: „Institutionen der Jugendarbeit“. Der Text bleibt unverändert. Damit ist alles gesagt und man kann auch die Kommission als eine Institution der Jugendarbeit bezeichnen.

Urs Hess: Jetzt wird es zu einem Problem. Die Kommission hat die Oberaufsicht und kann nicht im gleichen Paragrafen erwähnt sein, sonst wird die Kommission zu einer vierten Institution. Darüber müssen wir uns schon noch im Klaren werden.

GR Uwe Klein: Wir werden den Paragrafen überarbeiten und nehmen es zurück.

Benedikt Schmidt: Ich bitte die Antragsteller, ihre Anträge zurückzuziehen und wir beauftragen den Gemeinderat, uns eine vernünftige Lösung zu präsentieren.

://: Alle Anträge werden zurückgezogen und der Gemeinderat wird beauftragt, eine neue und klare Formulierung zu erarbeiten.

§ 4

Kurt Lanz: An unserer Berufsschule hat ein Lehrling zwingend Einsitz im Schulrat und ist dort ein vollwertiges Mitglied. Dieser wird von den Lehrlingen gewählt. Wo sollen Jugendliche Einsitz nehmen, wenn nicht eben in dieser Kommission? Der Umgang mit den Jugendlichen gehört zum daily-business der Kommission. Aus diesem Grund stelle ich folgenden Antrag: „*Neuer Absatz c: einem Vertreter oder einer Vertreterin aus der Zielgruppe Jugendhaus/mobile Jugendarbeit*“.

Stefan Löw: Bei meiner Tätigkeit als Präsident im Jugendhaus war das immer Thema. Ich weise darauf hin, dass dies ausserordentlich schwierig war, jemand zu finden, der Einsitz in die Kommission genommen hat. Ein weiteres Problem war, dass die Vertreter unregelmässig und oft auch ganz unvorbereitet erschienen sind. Ich bezweifle, dass dies eine sinnvolle Vertretung ist und bin der Meinung, dass man Leute in beratender Funktion, aber ohne stimmrecht, beiziehen soll.

Thomas Vogelsperger: Ich kenne diese Problematik als ehemaliger Leiter eines Jugendhauses. Wir haben das auch so erlebt, wie dies Stefan Löw geschildert hat. Aber wichtig ist, dass man den Leuten sagt, dass man sie ernst nimmt und ihnen die Möglichkeit gibt, mitzureden. Damit kann man den Leuten auch zeigen, was Demokratie sein kann. Auch der Bezug zur Institution kann mehr sein, als nur Konsumation.

Kurt Lanz: Ich weiss auch, Stefan Löw, dass es nicht einfach ist. Aber vielleicht muss man das über sich ergehen lassen. Man muss ein Zeichen setzen und zeigen, dass ein Vertreter erwünscht ist. Es ist wahr, dass es schwierig ist, Leute zu finden, aber man muss sich halt mit der Jugend auseinandersetzen und jemand suchen.

Stefan Löw: Einsitz soll jemand nehmen, der will und nicht Leute, die man dazu überreden muss. Dafür ist die Kommission zu wichtig.

Urs Hess: Der Antrag macht nicht unbedingt Sinn und ist abzulehnen. Der Gemeinderat hat die Mitgliederzahl auf vier festgelegt. Wenn aus allen Bereichen jemand dazu kommt, dann hat die Kommission zum Schluss zehn Mitglieder.

Rudolf Meury: Auch ich habe Erfahrung damit an der FMS Basel und wir erleben das täglich. Auch wir haben einen Vertreter in der Leitung und ich bin prinzipiell nicht dagegen. An einer Sitzung sind mehrere Erwachsene anwesend, die fachlich diskutieren und die Jugendlichen sind sehr unsicher dabei. Es sind sehr ungleiche Spiesse und die Jugendlichen sind mehr frustriert, als dass sie etwas Positives erreichen können. Es ist mehr eine Alibiübung und eine Beruhigung des Gewissens. Eine Lösung habe ich auch nicht, aber vielleicht finden wir eine Form von Beratung oder die Möglichkeit der Antragstellung.

GR Uwe Klein: Ich bitte Sie, den Antrag abzulehnen. Ich bin schon drei Jahre dabei und ich sehe das Problem bei den gewählten Jugendlichen auch. Wir haben drei gewählt, damit mindestens einer anwesend ist. Meistens ist keiner anwesend und das ist sehr, sehr mühsam. Es ist zwar gut gemeint, aber die Realität sieht anders aus. Wir haben hier eine Fachkommission und wir können am Ende nicht ein Kindergarten sein.

Kurt Lanz: Was mich am meisten enttäuscht ist die Aussage „mühsam“. Ich würde diese Mühe auf mich nehmen. Wenn für Sie der Umgang mit den Jugendlichen „mühsam“ ist, und sie deshalb nicht in die Kommission gewählt werden sollen, dann....ups! Und wenn man gar von einem Kindergarten redet, dann...ups! Gerade diese Kommission sollte sich damit auseinandersetzen. Mit meiner beantragten Erweiterung geben wir den Jugendlichen klar eine Möglichkeit und wir müssen ihnen diese Möglichkeit auch geben. Wenn wir das nicht machen, dann geben wir ihnen diese Möglichkeit eben nicht. Geben Sie den Jugendlichen diese Möglichkeit, auch wenn dann niemand kommt.

Rudolf Meury: Es geht nicht darum, dass man mit den Jugendlichen Schwierigkeiten hat. Es geht darum, dass es den Jugendlichen „ablöscht“, wenn sie sehen, wie die Erwachsenen miteinander diskutieren.

Petra Ramseier: Wir müssen den Jugendlichen diese Möglichkeit bieten. Es ist nicht einfach und muss gelernt werden. Vielleicht hat man Glück, und es ist ein „Superjugendlicher“ dabei. Diese Chance müssen wir nutzen.

Olga Aeberhard: Im Entwurf steht ja, dass für einzelne Geschäfte die Kommission Fachkräfte der Verwaltung und aussenstehende Sachverständige beiziehen kann. Hier können wir doch die Jugendlichen einflechten. Ich stelle den Antrag für folgende Formulierung: *„Für einzelne Geschäfte kann die Kommission Fachkräfte der Verwaltung, aussenstehende Sachverständige und Jugendliche beratend beiziehen“*. Vorher war das ja auch geregelt und war abgedeckt.

Erich Weisskopf: Unter b steht: vier vom Gemeinderat gewählten Mitgliedern. Ist es denn nicht möglich, dass die Jungen ihre Probleme diesen Mitgliedern mitteilen. Dann können diese Probleme in der Kommission diskutiert werden. Jemand, der ein Jugendhaus führt kennt doch seine Kunden. Es ist Aufgabe der gewählten Mitglieder, sich mit den Problemen der Jugendlichen auseinanderzusetzen.

//: Der Antrag von Kurt Lanz (*„Neuer Absatz c: einem Vertreter oder einer Vertreterin aus der Zielgruppe Jugendhaus/mobile Jugendarbeit“*) wird mit 17 : 16 Stimmen und 3 Enthaltungen abgelehnt.

//: Der Antrag von Olga Aeberhard (*„Für einzelne Geschäfte kann die Kommission Fachkräfte der Verwaltung, aussenstehende Sachverständige und Jugendliche beratend beiziehen“*) wird mit grossem Mehr und 2 Enthaltungen angenommen.

§ 6 Absatz 1

Dieter Stohler: Wir stellen den folgenden Antrag zum Absatz1: *„Die Kommission für Jugendarbeit berät den Gemeinderat in betrieblichen, personellen und finanziellen Belangen der Jugendarbeit und beaufsichtigt und koordiniert die Betriebe der Jugendarbeit“*. Das Ziel ist die Vernetzung und Koordination der Tätigkeit. Im vorliegenden Entwurf fehlt diese Koordination.

://: Der Antrag der FDP wird einstimmig angenommen.

§ 6 Absatz 2 a

Dieter Stohler: Zum Absatz 2: Hier geht es vor allem um eine verständlichere Neuformulierung, die wie folgt lautet: *„a. Festlegung der strategischen Schwerpunkte, Genehmigung der Betriebskonzepte und Überwachung der Umsetzung“*.

://: Der Antrag der FDP wird mit 35 Stimmen und 1 Enthaltung angenommen.

§ 6 Absatz 2 d

ER-Präsident Stephan Ackermann: Zum 6 d stellt Olga Aeberhard den Antrag für folgende Formulierung: *„Mitwirkung und Antragstellung bei Anstellungen, namentlich in den Bereichen Erstellung von Pflichtenheften und Stellenbeschreibungen“*.

Dieter Stohler stellt den Antrag, Punkt d zu streichen.

Olga Aeberhard: Als Mitglied in der BeKo Robinsonspielplatz haben wir viele Jahre bei der Einstellung der Leute mitgeholfen. Wir wussten, was es dafür braucht und wir haben die Personen „in die Mänge“ genommen. Wir wollten nicht nur die schönen Zeugnisse sehen, sondern wir wollten wissen, wie sie mit den jungen Leuten umgehen. Eine gute Kommission kann mitwirken und ich bitte Sie, den Antrag zu unterstützen.

Benedikt Schmidt: Ich bitte Sie, dem Antrag von Olga Aeberhard zuzustimmen. Es ist gut, wenn die Kommission mitreden kann. Sie arbeitet ja mit bei den strategischen Schwerpunkten und bei der Genehmigung des Betriebskonzepts. Dann ist es auch sinnvoll, wenn sie sagen können, was für Mitarbeiter in der Institution arbeiten.

Chantal Jenny: Anstellungen sind Sache des Gemeinderates. Es geht um die Gleichbehandlung des gesamten Gemeindepersonals und es muss alles gleich behandelt werden. Der Antrag von Olga Aeberhard ist abzulehnen.

Kurt Lanz: Mir ist klar, wie der Auftrag für den Gemeinderat lautet. Es heisst ganz klar „Mitwirkung und Antragstellung“. Gewählt werden die Leute vom Gemeinderat. Es kann aber nicht sein, dass die Kommission bei der Anstellung ihrer Leute nichts zu sagen hat. Ich bitte Sie, dem Streichungsantrag nicht zuzustimmen. Lassen Sie das so stehen und wenn Sie dem Antrag von Olga Aeberhard zustimmen, dann ist das auch recht.

GR Uwe Klein: Ich bitte Sie, den Antrag von Olga Aeberhard nicht anzunehmen. Stellenbeschreibungen sind Sache des Gemeinderates. Wir haben ein neues Arbeitsrecht und man muss sich an diese Regeln halten. Wenn wir hier ein Durcheinander machen, dann könnte das verheerende Wirkungen haben.

Dieter Stohler: Ich bitte Sie, den Antrag Aeberhard abzulehnen. Gemäss Kurt Lanz darf der Gemeinderat nur noch entscheiden. Entscheidend ist die Frage: wer macht die Arbeit, die mit Inhalten gefüllt ist? Wir sind ganz klar der Meinung, dass das nicht Sinn und Zweck einer Kommission für die Jugendarbeit sein kann. In der Personalsektion braucht es ein anderes know-how und das liegt bei der Personalabteilung oder bei einer externen Firma. *(kurzer Tonausfall)*

Benedikt Schmidt: Ich bitte Sie, den Antrag Aeberhard zu unterstützen und den Streichungsantrag der FDP abzulehnen. Ich zitiere aus dem Protokoll der letzten Sitzung. Im Paragraf 10 des Personalreglements steht: „Der Gemeinderat legt fest, für welche Funktionen Beschreibungen zu erlassen sind und wem die Kompetenz für den Erlass übertragen wird“. Es ist also kein Problem, wenn die Kommission hier mitredet.

Stefan Löw: Für eine Stellenausschreibung braucht es eine Stellenbeschreibung als Grundlage. Das wird vom Gemeinderat ausgearbeitet. Ich lehne eine Einflussnahme der Kommission bei Anstellungen ab. Ich habe das erlebt und es war damals beschämend und fast schon eine Katastrophe. Mit Gleichbehandlung hatte das damals nicht viel zu tun. Das muss professionell und mit klaren Vorgaben gemacht werden. Übergeben wir diese Arbeit den Leuten, die das gelernt haben und auch geschult sind. Alles andere ist unverantwortlich.

Thomas Vogelsperger: Fehlbesetzungen können sehr teuer zu stehen kommen. Die Kommission hat dem Gemeinderat nicht in die Personalpolitik dreinzureden. Aber eine Fachkommission kann doch beratend wirken und den Gemeinderat unterstützen. Die Kommission soll im engeren Auswahlverfahren zum Zuge kommen.

Kurt Lanz: Im noch gültigen Reglement steht: „Sie führt das Auswahlverfahren bei der Besetzung von Leiterstellen durch und stellt dem Gemeinderat Antrag zur Wahl von Jugendhausleiter/innen“. Die Kommission wüsste doch, was man von den Leuten erwartet, die man gerne hätte. Ein Teil kann von der Verwaltung erledigt werden und beim engeren Verfahren muss die Kommission Zugang haben. Ich bin nicht sicher, ob das spezielle know-how beim Personalwesen auch tatsächlich zu finden ist. In der Industrie entscheidet die entsprechende Abteilung über Eignung oder Nichteignung. Der Personalchef hat dabei andere Aufgaben.

GP Beat Stingelin: Wir müssen das streichen. Wir haben eine Personalfachfrau auf der Verwaltung und sie hat tagtäglich damit zu tun. Wir haben Abteilungsleitungen, die wissen, wer angestellt werden muss. Wir haben auch Mitarbeitergespräche und wer muss diese führen?

Heinz Schiltknecht: Diese Argumentation ist nicht stichhaltig. In der Industrie stellt die Personalabteilung letztendlich die Leute ein. Die Beurteilung erfolgt jedoch in der Abteilung. Alles andere finde ich nicht gut. Es kann nicht irgendjemand in der Administration über die Eignung entscheiden. Der Absatz muss so stehen bleiben.

Gegenüberstellung der Anträge *(neu 35 Räte anwesend)*

- ://: Auf den Antrag von Olga Aeberhard entfallen 16 Stimmen, auf den Streichungsantrag der FDP 18 Stimmen, bei 1 Enthaltung.
- ://: Auf den Streichungsantrag der FDP entfallen 17 Stimmen, auf den Antrag des Gemeinderates 17. Stimmen, bei 1 Enthaltung.
- ://: Der Stichentscheid des ER-Präsidenten fällt zu Gunsten der Fassung des Gemeinderates *(d. Mitwirkung und Antragstellung bei Angestellten)*.

§ 6 Absatz 2 e

Dieter Stohler: Wir beantragen folgende Fassung: „*Erstellen des Voranschlagsentwurfs zu Händen des Gemeinderates*“.

://: Der Antrag der FDP wird einstimmig angenommen.

§ 6 Absatz 2 f

Heinz Schiltknecht: Zum Pauschalbeitrag: Wieso muss die Kommission ein Budget abliefern, wenn ein Globalbudget zur Verfügung steht? Das ist nicht stimmig. Um welche Vereinbarungen handelt es sich hier? Ich bitte den Gemeinderat, diesen Absatz auszudeutschen.

GR Max Hippenmeyer: Es steht nichts von einem Globalbudget und ist auch nicht vorgesehen. In den letzten Jahren wurden die verschiedenen Posten für das Budget in einem Globalbetrag zusammengefasst. Das ist verfahrensökonomisch sinnvoll. Es handelt sich um CHF 12'000.00 und wir wollen einfach wissen, was mit dem Geld passiert. Das hat sich bewährt.

GR Uwe Klein: Mit dem Jugendhaus und dem Robinsonspielplatz bestehen Vereinbarungen, welche die Handhabung und Abrechnung des Globalbetrages regeln. Die Vereinbarung kann auch mündlich geschehen.

§ 6 Absatz 2 g

Dieter Stohler beantragt folgende Fassung: „*Selbständige Information der Öffentlichkeit über die Angebote und Tätigkeiten der Jugendarbeit*“. Das Wort selbständig ist unnötig und könnte auch überall stehen.

://: Der Antrag der FDP wird mit 34 Stimmen und 1 Enthaltung angenommen.

§ 6

Suzanne Vonwiller: Ich stelle den Antrag zu einem neuen Punkt h. „*Die Mitglieder der Zielgruppen müssen von der Kommission angehört werden*“. Ich bin der Meinung, dass die Jugendlichen die Möglichkeit haben müssen, direkt an die Kommission zu gelangen. Das wäre ein zusätzliches Recht und ich bitte Sie, dem Antrag zuzustimmen.

://: Der Antrag von Suzanne Vonwiller wird mit 18 : 15 Stimmen und 2 Enthaltungen abgelehnt.

§ 9

Olga Aeberhard: Ich stelle folgenden Ergänzungsantrag: „*Die Aufgaben und Kompetenzen werden vom Gemeinderat nach Anhörung der Kommission in den Stellenbeschreibungen und Pflichtenheften geregelt*“.

Urs Hess: Der Antrag ist abzulehnen. Es kann nicht sein, dass sich eine Kommission in das Personalreglement einmischt.

Benedikt Schmidt kann dem Antrag zustimmen.

://: Der Antrag von Olga Aeberhard wird mit 22 : 9 Stimmen und 4 Enthaltungen abgelehnt.

§ 10

Heinz Schiltknecht: Mir fehlen hier der Jugendhausfonds und das Jugendhauskonzept. Diese müssen aufgehoben oder umgeschrieben werden. Ich bitte den Gemeinderat, das bis zur zweiten Lesung abzuklären.

GR Uwe Klein: Wir haben das gewusst aber bewusst nicht hier eingepackt. Wir werden das bringen, wenn das Reglement über die Bühne gegangen ist.

Heinz Schiltknecht: So geht das nicht und man muss das gleichzeitig machen.

GR Max Hippenmeyer: Wir sind uns der Problematik bewusst, möchten aber zuerst das Reglement verabschieden. Das andere kommt beim nächsten Schritt.

Urs Hess: Ich gebe Heinz Schiltknecht absolut recht und das kann man mit einer Übergangsbestimmung für die zweite Lesung lösen.

://: 1. Lesung abgeschlossen

Die Sitzung wurde um 22.05 Uhr beendet.

Pratteln, 14. November 2007

Für die Richtigkeit:

EINWOHNERRAT PRATTELN

Der Präsident

Der Sekretär

Stephan Ackermann

Bruno Helfenberger